

Mission nach New York

Menschenrechte von Lesben und Schwulen in der UN-Vollversammlung

VON KLAUS JETZ

Mitte Dezember waren zum ersten Mal die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) Thema der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Am 17.5.2008, dem Internationalen Tag gegen Homophobie, hatte die französische Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten und Menschenrechte, Rama Yade, versprochen, dass die französische Regierung eine Erklärung zur Entkriminalisierung von Homosexualität in die UN-Vollversammlung einbringen werde. Dieser französischen UN-Initiative schlossen sich alle EU-Staaten an.

Im Vorfeld der Initiative wurde die Notwendigkeit deutlich, lesbischen Aktivistinnen und schwulen Aktivisten aus allen Kontinenten die Reise nach New York zu ermöglichen, damit sie gezielt bei noch unentschlossenen Ländern um Unterstützung werben und dem Anliegen Stimme und Gesicht verleihen können. Der Hirschfeld-Eddy-Stiftung gelang es, Mittel beim Auswärtigen Amt einzuwerben, auch die Organisation COC aus den Niederlanden bekam Gelder des dortigen Außenministeriums. Dank der gemeinsamen Initiative und der Koordination von ILGA konnten acht Aktivistinnen und Aktivisten aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa nach New York fahren.

Zwischen dem 15. bis 18. Dezember unternahm Belissa Andía (Peru), Linda Baumann (Namibia), Gloria Careaga (Mexiko), Roberto de Jesus (Brasilien), Anna Kirey (Kirgisistan), Jide Macaulay (Nigeria), Pedro Paradiso Sottile (Argentinien) und Renato Sabbadini (Italien) vielfältige Aktivitäten. Sie führten persönliche und zahlreiche telefonische Gespräche mit den UN-Missionen der Staaten, die der Initiative freundlich oder unentschlossen gegenüberstanden, beobachteten den Fortgang der Debatte in der Vollversammlung und nahmen an Veranstaltungen teil, etwa an einem von der französischen und der niederländischen Regierung organisierten Panel, einem Workshop in der Mission Norwegens oder im Lesben- und Schwulenzentrum in New York. Hier berichteten sie über die vielfältigen Diskriminierungen, die LSBT in Lateinamerika oder Afrika erfahren. Auch hoben sie hervor, dass die homophobe Gesetzgebung vieler Staaten ein Erbe der Gesetze aus der Kolonialzeit darstellt. Es gelang ihnen durch zähe Überzeugungsarbeit, einige lateinamerikanische Staaten, etwa Nicaragua und Uruguay, und einige afrikanische Staaten (Guinea-Bissau und Sao Tomé und Príncipe) zur Unterstützung zu bewegen. Hätte Gabun, wie ursprünglich geplant, die Erklärung vorgetragen und trotz des starken Drucks der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) keinen Rückzieher gemacht, hätten sicherlich mehr afrikanische Staaten die Menschenrechtserklärung unterstützt.

Letztlich unterzeichneten 66 Staaten aus allen Erdteilen die Erklärung und forderten ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und eine weltweite Entkriminalisierung einvernehmlicher homosexueller Handlungen. Sie bekräftigten im 60. Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass diese universell sind und für alle Menschen gelten. 57 Verfolgerstaaten, die der OIC

und der Afrikanischen Union angehören, unterstützten eine Gegenerklärung, die auf Initiative Ägyptens zustande kam und die der Vertreter Syriens vortrug. Diese Staaten waren sich nicht zu schade, die Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte auf der Weltbühne zu leugnen.

Nicht minder beschämend war die Rolle des Vatikans, dessen Vertreter eine dritte Erklärung abgab, in der er eine Kriminalisierung der Homosexualität zwar ablehnte, aber auch die französische Initiative verwarf, da es sich angeblich um eine Ausweitung und Neuauslegung der Menschenrechte handele. Auch die USA – Bush war noch an der Regierung - enttäuschten dadurch, dass sie wie China, Russland und Südafrika der Erklärung für den Menschenrechtsschutz von LSBT ihre Unterstützung versagten und sich der Stimme enthielten.

Diesen Staaten wird künftig eine wichtige Rolle zukommen, gilt es doch, sie von der Bedeutung und Tragweite des Themas zu überzeugen. Aufgrund der ägyptisch-syrischen Gegenerklärung können sie nicht mehr als Gegner der LSBT-Menschenrechtserklärung bezeichnet werden, sondern als unentschlossene dritte Kraft. Nicht die Mehrheit, sondern „nur“ ein Drittel der UN-Vollversammlung sprach sich eindeutig gegen eine Entkriminalisierung von Homosexualität aus. Und das ist ebenso als Erfolg zu werten wie

die aufmunternden Worte der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay, die LSBT ausdrücklich in den Menschenrechtsschutz mit einschloss. Wörtlich sagte sie: „Those who are lesbian, gay or bisexual, those who are transgender, transsexual or intersex, are full and equal members of the human family, and are entitled to be treated as such.“ Ein starkes, wert-

volles Statement, das sich für die weitere LSBT-Menschenrechtsarbeit gut nutzen lässt. Die Regierung Obama hat mittlerweile die Haltung der USA offiziell korrigiert und ihre Unterstützung für die französische Initiative erklärt.



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG



Klaus Jetz
Geschäftsführer des LSVD

Foto: LSVD-Archiv

Aktivistinnen und Aktivisten berichten

63. UN-Vollversammlung



Belissa Andía Pérez aus Lima, Peru, ist Transgenderaktivistin, Gründerin des "Red Carnation Colective" und Mitglied der Nicht-regierungsorganisation "Runa Institute", die Transsexualität und Geschlechtervielfalt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Sie ist im Vorstand von ILGA-LAC (lateinamerikanisch-karibische Region der ILGA) und Beauftragte des Trans-Sekretariats der ILGA. Belissa Andía Pérez ist Mitglied im NGO-Beirat der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

"Ich war als Aktivistin in New York dabei, weil zum ersten Mal auf dieser hohen Ebene über die Anliegen von LSBT diskutiert wurde. Es ging um eine Erklärung gegen Menschenrechtsverletzungen und darum, Druck auszuüben auf Staaten, die solche Menschenrechtsverletzungen zulassen, darum, das Prinzip der Universalität der Menschenrechte hochzuhalten."



Renato Sabbadini, Aktivist aus Italien, ILGA Co-Generalsekretär

„Dank der Unterstützung des Auswärtigen Amts und der Zusammenarbeit mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, LSVD und COC-Niederlande können wir behaupten, dass unsere Reise nach New York ein sehr wichtiger Beitrag war, denn in den letzten Tagen vor der Lesung des Statements haben sich weitere zehn Länder für eine Unterstützung der Erklärung entschieden. Wenn das nicht ein Beweis dafür ist, dass die internationale LSBT-Bewegung heute in der Lage ist, für den entscheidenden Unterschied zu sorgen!“



Reverend Rowland Jide Macaulay, Gründer und Pastor des House Of Rainbow Metropolitan Community Church in Lagos, Nigeria, einer Kirche, die gezielt sexuelle Minderheiten anspricht. Rowland lebt in Nigeria und Großbritannien. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Versöhnung von Sexualität und Spiritualität und Menschenrechte, insbesondere das Recht von sexuellen Minderheiten auf Religion. Seit vielen Jahren vertritt er die LSBT Community Nigerias auf internationalen Foren. Er nahm als Vertreter von Pan Africa ILGA (afrikanische Region der ILGA) an der UN-Delegationsreise teil.

„Ich habe mich vor allem dem Networking und der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt gewidmet sowie der Überzeugungs- und Lobbyarbeit gegenüber Diplomaten afrikanischer Staaten. Zudem ging es mir darum, die Sicht und das Interesse von LSBT aus Afrika und afrikanischer Herkunft in die Debatte einzubringen.“



Gloria Careaga aus Mexiko ist ILGA Co-Generalsekretärin und Sozialpsychologin. Sie arbeitet als Dozentin und Wissenschaftlerin an der Psychologischen Fakultät der Universität von Mexiko (UNAM). Die Feministin und LSBT-Aktivistin ist seit den 1990er Jahren immer wieder Vertreterin von Nichtregierungsorganisationen bei verschiedenen UN-Gremien und Konferenzen. Auch Gloria Careaga ist Mitglied im NGO-Beirat der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

„Die Anwesenheit von NGOs auf der internationalen Bühne ermöglicht den Kontakt zu Regierungsvertretern, Informationen können ausgetauscht, Druck kann ausgeübt werden auf die, die keine klare Haltung zu Fragen der Sexualität haben. Oft scheuen sich Regierungsvertreter, ihre Unkenntnis und Zweifel zu Fragen der Sexualität zum Ausdruck zu bringen und ziehen das Gespräch mit Nicht-Diplomaten vor. Auch dient die Lobbyarbeit der Informationsbeschaffung, und Menschenrechtsverteidiger lernen neue Strategien und Werkzeuge für ihre Arbeit kennen.“

Fotos: privat